
Presseerklärung

Ankündigungen der Übergabe eine Protestnote anlässlich der Kuratoriumssitzung verhalf NS-Zwangsarbeiterin zur Entschädigung!

Frau Seifert hat mit aktualisierten Unterlagen/Nachweisen die IOM bis zum 7. Dezember um Bescheidung ihrer von Internationalen Suchdienst weitergeleiteten Vorgang, gebeten. Bis gestern nichts gehört.

Die öffentlich angekündigte Übergabe der Forderung von Frau Seifert, als anspruchsberechtigte NS-Zwangsarbeiterin an die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) kam die zuständige Partnerorganisation IOM (Internationale Organisation für Migration) zu vor. Herr Wühler, Vertreter der IOM bei der gestern und heute stattfindenden Kuratoriumssitzung im Bundesfinanzministerium in Berlin, gestand ihr Versäumnis ein. Er übergab Frau Seifert einen Antrag zur direkten Unterzeichnung. Dieser jetzt unterschrieben Antrag berechtigt Sie durch ihre Verbringung in ein Arbeitserziehungslager in der NS-Zeit zur höchsten Kategorie der Entschädigung nach dem EVZStiftG. Die Zahlung des Betrages wurde von der IOM umgehend zugesichert.

Die Initiative erklärt dazu:

Der **Internationale Suchdienst (ISD) in Bad Arolsen** ist als „Erfüllungsgehilfe“ der Bundesstiftung EVZ für viele anspruchsberechtigte NS-Opfer zum **Nadelöhr** geworden

Der ISD ist eine undurchdringliche Organisation, die mehrfach als vertraglicher Partner der Stiftung EVZ vereinbarte Termine offensichtlich nicht eingehalten hat. Trotz Sondermittel von mehreren Hunderttausend Euros aus Stiftungsmitteln reichte er bis Ende September 2006 immer noch Vorgänge an die PO's weiter.

Wie viele Anträge von Anspruchsberechtigten, wie „Lex-Seifert“, noch in den „Mühlen der Entschädigungsbürokratie“ befinden; ist uns nicht bekannt. Wie viele „Seifert-Vorgänge“ sich bei den sieben (7) Partnerorganisationen befinden, entzieht sich unserer Erkenntnis?

Das Zahlenmaterial aus den ‚Unterrichtungen der Bundesregierung zum Stand der Auszahlung und die Zusammenarbeit der Stiftung EVZ mit den Partnerorganisationen‘ von Bericht 1 bis 3 (DS 14/7728, DS 14/8673 und DS 15/283); die uns vorliegen, ergeben offene Fragen. (z.B.: die Höhe der Ablehnungsraten der einzelne PO's, die markanten Differenzen in den Antragszahlen zu den unterschiedlichen Berichtszeiträumen etc.)

Wir fordern die Politik auf die „strukturellen Mängel bei den Auszahlungen“ die am „Lex Seifert“ deutlich wurden, zum Anlass zu nehmen z.B.: mit einem „Härtefond“ – Einstellungen von Mitteln aus dem Stiftungsvermögen“ – bis alle „strukturellen Mängel“ aufgearbeitet sind, zu beschließen.

Ist die Präambel des EVZStiftG von 2002“ Ausbeutung bis hin zur Vernichtung durch Arbeit und durch eine Vielzahl weiterer Menschenrechtsverletzungen schweres Unrecht bekennt sich der Deutsche Bundestag zur politischen und moralischen Verantwortung für die Opfer des Nationalsozialismus. ...“ .für die Politik nicht Leitgedanke gewesen?

Jetzt obliegt es der Politik Abhilfe zu schaffen, wenn die „Strukturen“ für die Anspruchsberechtigten Unrecht sind.

Für Rückfragen lebgut@web.de

Die Initiative wird unterstützt unter anderem von:

Ludwig BAUMANN (Bremen, Bundesvereinigung der NS-Militärjustizopfer); Hans COPPI (Berlin, VVN-BdA), Judith DEMBA (Berlin, antirassistische Initiative B-Hohenschönhausen), Heinrich FINK (Berlin, Bundes-Vorsitzender VVN-BdA), Kurt GOLDSTEIN (Berlin, Ehrenvorsitzender des Internationalen Auschwitzkomitees), Maria u. Adam KÖNIG (Berlin, ehm. KZ-Häftlinge) Franz von HAMMERSTEIN (Berlin, Kurator Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste), Martin Klingner (HH, Rechtsanwalt); Ernst MELIS (DRAFD), Prof. Dr. Manfred MESSERSCHMIDT (Freiburg, Leitender Historiker a.D. Militärgeschichtliches Forschungsamt), Gertrud MÜLLER (Stuttgart, Vizepräsidentin des Internationalen Ravensbrück-Komitees), Lars Reissmann (HH, AK Distomo); Dr. Martin SECKENDORF (Berlin, Autor: Europa unter dem Hakenkreuz), Rolf SURMANN (Hamburg, Publizist),